

Gesetzentwurf

der LRP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung der Bundeswehr

A. Problem und Ziel

Die veränderte sicherheitspolitische Lage in Mitteleuropa sowie die zunehmende Übernahme internationaler Verantwortung durch die Bundeswehr im Rahmen von NATO, Europäischer Union, Westeuropäischer Union und der Vereinten Nationen erfordern eine kleinere und professionellere Armee.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf würde eine Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht nach Art. 12a Grundgesetz bewirken. Der Grundgesetzartikel bestimmt in Absatz 1: "Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden". Diese Bestimmung soll bestehen bleiben, allerdings soll im Ausführungsgesetz die Möglichkeit einer Einberufung ausgesetzt werden.

C. Alternativen

Beibehaltung der getroffenen Bestimmungen

D. Kosten

Durch Reduktion des Bedarfes an Ausbildung und Ausrüstung für Wehrpflichtige sowie den Abbau der Wehrverwaltung entsteht eine Kostenersparnis für den Bundeshaushalt.

Der gleichzeitige Wegfall des Zivildienstes erfordert zusätzliche Anpassungen.

Volkswirtschaftlich entsteht ein positiver Effekt, da die Dienstpflichtigen zukünftig nicht mehr ihre Erwerbsarbeit unterbrechen müssen bzw. diese früher aufnehmen können.

Gesetz zur Neugestaltung der Bundeswehr

§1 Die Einberufung von Soldaten zum Wehrdienst nach GG Art. 12 a wird ausgesetzt.

§ 2 Das Wehrpflichtgesetz wird entsprechend geändert.